

Stadtteilbeirat Sternschanze
Protokoll der 29. Sitzung vom 28.10.2015

Der Beirat ist mit 12 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.
Entschuldigt ist Herr Kaltz.

Tagesordnung

TOP 1 Anmerkungen zum Protokoll

TOP 2 Anliegen von Gästen / Mitgliedern

TOP 3 Antrag Verfügungsfonds

TOP 4 Bericht „Kontrollierte Abgabe von Cannabis“

TOP 5 Berichte vom Amt / Termine

TOP 1 Anmerkungen zum Protokoll

Der Vorstand berichtet, dass die Unterfinanzierung der zusätzlichen öffentlichen Klettertage des *Kilimanschanzo e.V.* am FloraPark-Bunker wie auf der letzten Beiratssitzung besprochen aus dem Verfügungsfonds ausgeglichen werden kann. Die anwesenden Mitglieder des Beirats haben keine Einwände.

Der Vorstand berichtet, dass der Messtunnel (Übergang zwischen den Straßen Sternschanze und Lagerstraße auf Höhe der U-Bahn-Station Sternschanze) offensichtlich nicht wie angekündigt im September fertiggestellt wurde. Es werde jedoch weiter mit Hochdruck daran gearbeitet, den Tunnel noch im Herbst zu eröffnen.

Das auf der letzten Sitzung angesprochene Fahrradhaus direkt auf dem zukünftigen Radweg am Neuen Pferdemarkt Ecke Stresemannstraße / Weg beim Grünen Jäger steht dort nur übergangsweise während der noch andauernden Arbeiten von *Hamburg Wasser*. Nach Abschluss der Bauarbeiten werde es versetzt.

TOP 2 Anliegen von Gästen / Mitgliedern

Ein Mitglied des Vorstands berichtet von der öffentlichen Präsentation eines Bauvorhabens auf dem Gelände der Rindermarkthalle an der Ecke Budapester Straße / Neuer Kamp.

Unter dem Namen „Built in St. Pauli“ stellte eine Baugemeinschaft aus der *STEG* (Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH), dem Immobilienunternehmen *Hamburg Team* und dem Stadt- und Verkehrsplanungsbüro *Argus* Pläne für eine fünfstöckige Bebauung auf der Fläche vor, die zur Zeit von einem Restaurant, einer Kfz-Werkstatt und einem Tonstudio genutzt werden.

Die Geschosse sollen bis auf das Erdgeschoss von den Unternehmen selbst genutzt werden. Im Erdgeschoss sollen Flächen für Gewerbemietler angeboten werden, die ins Viertel passen. Das Grundstück gehört der Stadt und wird von der *Sprinkenhof AG* verwaltet. Zunächst werde eine Anhandgabe des Grundstücks sowie eine Wirtschaftsförderung durch die Stadt Hamburg angestrebt. Das gesamte Bauvorhaben solle eine Dauer von 4 Jahren, zwei Jahren für die Planung und 2 Jahren Bauzeit, haben.

Der Betreiber des Restaurants *Feuerstein* auf dem Grundstück solle zur Zeit noch einen Mietvertrag bis zum Jahr 2022 haben und auch den anderen Mietern sei nicht gekündigt worden.

Der Vertreter von *Mieter helfen Mietern e.V.* im Beirat berichtet, dass sein Verein bereits Anfragen zu dem Bauprojekt erhalten habe. Er hinterfragt die Idee eines fünfstöckigen Bürogebäudes mit „Stadtteilnutzung“ im Erdgeschoss als Alibi-Funktion. Herr Evers vom Bezirksamt Altona verweist auf die Planungen zur Randbebauung im Rahmen der Machbarkeitsstudie Rindermarkthalle. Eine zu beantwortende Frage wäre auch, inwieweit eine Anhandgabe des Grundstücks ohne Ausschreibung hier möglich sei.

Ein Mitglied des Vorstands möchte wissen, ob eine Anfrage zu einer gastronomischen Nutzung der Räume des ehemaligen Modegeschäfts *Hummel* in der Schanzenstraße vorliegt. Herr Evers erwidert, ihm liege dazu nichts vor.

Der Beirat fragt nach dem aktuellen Sachstand zur Gastronomie *Piya* in der Susannenstraße. Herr Evers berichtet, dass der gerichtlich angeordnete Rückbau hauptsächlich die Verlegung des Tresens um einige Meter bedeute, da für Teile der Räume eine Bau- und Nutzungsgenehmigung als Gastronomie bereits seit längerem besteht. Der Beirat äußert seinen Unmut darüber, dass hier durch Umwege doch eine zusätzliche Gastronomie im Viertel möglich wurde. Er sieht aber, dass das Bezirksamt natürlich an die Rechtslage gebunden ist.

Ein Beiratsmitglied berichtet, dass einige Fahrradbügel an der Kreuzung Susannenstraße / Bartelsstraße nicht nutzbar seien, da daran Verkaufsschilder (Kundenstopper) mit Schlössern befestigt seien.

TOP 3 Antrag Verfügungsfonds

Ein Vertreter des *Palette e.V.* rekapituliert nochmals die Situation im Schanzenhof. Um weitere Aufmerksamkeit auf die Lage der jetzigen Mieter und die Folgen der neuen Nutzung zu lenken, soll es ein Hoffest auf der Fläche des Schanzenhofes zwischen Schanzenstraße und Bartelsstraße geben. Für dieses wird eine Förderung durch den Verfügungsfonds in Höhe von 1.000,- Euro beantragt.

Der Antrag wird vom Beirat mit 12 Stimmen einstimmig angenommen.

TOP 4 Bericht „Kontrollierte Abgabe von Cannabis“

Der Vorstand berichtet über den Beschluss der Bezirksversammlung Altona (Drucksachen-Nr.: 20-1691), in dem der Senat und die Behörde für Gesundheit und Sport aufgefordert werden, beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) einen Antrag für einen Modellversuch zur kontrollierten Abgabe von Cannabis zu stellen. In dem Beschluss werde die Sternschanze als ein möglicher Ort für die kontrollierte Abgabe genannt.

Herr Sülberg (Die Grünen) gibt zu bedenken, dass es immer noch fraglich sei, ob der BV-Beschluss vom Senat übernommen werde. Er weist auf den Forschungs- und Durchführungsplan hin, der Kernpunkt des Antrages sei. Wichtig seien auch der Datenschutz und die Einbeziehung des Stadtteils.

Ein Vorstandsmitglied fragt nach dem Sinn der Studie, wenn dabei nur ein Viertelbezug, nicht aber nicht der Konsum durch Partygänger und Konsumenten von außerhalb in die Studie einfließen solle. Herr Sülberg entgegnet, am Modellversuch solle jeder, auch Personen von außerhalb des Viertels, teilnehmen können. Er vermutet aber, der Modellversuch werde nicht als Sofortwirkung den Dealermarkt im Viertel austrocknen. Den Sinn des Modellversuchs sieht er eher darin, reale und belegte Erkenntnisse darüber zu liefern, wie sich eine kontrollierte Abgabe von Cannabis auf das Viertel und den Drogenmarkt auswirke.

Ein Gast des Beirats fragt sich, ob es durch eine Teilnahme am Modellversuch dann registrierte Kiffer gebe. Herr Sülberg entgegnet, dass es ja für die Teilnehmer eine Möglichkeit geben müsse, sich entsprechend auszuweisen, um damit den legalen Besitz von Cannabis nachweisen zu können.

Herr Müller-Constantin (SPD) rekapituliert erneut die Abläufe in der Bezirkspolitik, die zum Beschluss der Bezirksversammlung führten. Er unterstreicht die Notwendigkeit und berichtet von seiner Wahrnehmung, dass es erneut eine erhöhte Anzahl von Dealern im FloraPark gebe. Ein Vorstandsmitglied fragt die anwesenden Politiker nach einer Zeitschiene für die Bearbeitung des Bezirks-Beschlusses. Herr Sülberg sagt, dass er mit einer Stellungnahme des Senats zu dem BV-Beschluss innerhalb der nächsten Monate rechne. Für eine mögliche Anfrage des Senats beim BfArM sei aber kein Zeitablauf klar.

Ein Beiratsmitglied möchte wissen, was im Rahmen des Modellversuchs zum Jugendschutz angedacht sei. Herr Sülberg weist darauf hin, dass im BV-Beschluss explizit formuliert wäre, die Institutionen des Jugendschutzes seien ständig einzubinden. Dies bedeute, bei der Festlegung der einzelnen Schritte der Studie sei auch jedes Mal der Jugendschutz zu berücksichtigen. Zur Zeit könne jedoch keine konkrete Aussage gemacht werden, da die Ausarbeitung der Parameter ja zunächst durch den Senat gemacht werden müsse.

Einem Beiratsmitglied ist der medizinische Sinn der Studie in Verbindung mit dem soziologischen Sinn unklar. Herr Sülberg bestätigt, dass gerade die soziologischen Fragen beim Runden Tisch eher nicht behandelt wurden. Herr Evers berichtet, dass er die Ablehnung/Stellungnahme des BfArM zum Antrag auf einen Modellversuch in Berlin erhalten habe und sie — soweit öffentlich — weiterleiten werde.

Ein Mitglied des Vorstands berichtet davon, dass im Nachgang zum Runden Tisch die kurzfristige Idee entstanden sei, einen Flyer oder eine kleine Karte zu erarbeiten, auf der eine Art Verhaltenskodex für Dealer mehrsprachig abgedruckt sein soll und damit an die Dealer heranzutreten.

Ein Mitglied des Beirats berichtet, dass er bereits zweimal auf die Dealer zugegangen sei und dezenteres Verhalten von ihnen (oder als Alternative das Hinzuziehen der Polizei) gefordert habe. Dies hätte auch kurzzeitig Wirkung gezeigt.

Herr Evers berichtet, dass laut Herrn Lewandowski (Leiter des Polizeikommissariats PK16) zur Zeit verstärkte zivile Einsätze für „relative Ruhe“ sorgen würden. Das PK registriere aber auch verstärkt Beschwerden von Anwohnern. Ein Gast des Beirats berichtet von immer wieder größeren Gruppen von Dealern an der Ecke Juliusstraße / Schulterblatt seit zirka einem dreiviertel Jahr.

Ein Mitglied des Vorstands bemerkt, dass in der Eifflerstraße weniger Dealer zu sehen seien, was eventuell an viel Betrieb im dortigen Betahaus auch in den Abendstunden liegen könne. In jedem Falle sei dies ein subjektives Sicherheitsempfinden, was je nach Persönlichkeit oder Geschlecht auch anders ausfallen könne.

Frau Merz (Die Linke) merkt an, dass sie sich als ausländisch aussehende Frau — wie viele andere Frauen, von denen sie dies wisse — auch beispielsweise bei HSV-Spielen auf der Straße unsicher fühle.

Herr Sülberg versucht sich vorzustellen, wie man als Anwohner mit dem geplanten Flyer in der Hand auf Dealer zugehen soll. Der Vertreter des Palette e.V. fragt, welche Alternativen es denn gebe. Repression führe doch nur zu Verdrängung. Ohne Reden gehe es nicht, auch beim Palette e.V. gebe es viele Gespräche mit Junkies, die teilweise gleichzeitig auch Dealer seien. Herr Sülberg entgegnet, dass es sich dabei doch eher um „Kunden“ handle, die etwas „wollen“. Im FloraPark hingegen handele es sich um Dealer, die keinen Grund für eine „Zusammenarbeit“ hätten. Der Vertreter des *Palette e.V.* hält den Ausgang des Flyer-Plans für ungewiss, einen Erfolg

aber nicht für unmöglich. Er sieht die Ansprache an die Dealer unter dem Motto „Macht keinen Stress, dann bekommt ihr keinen Stress mit dem Viertel“.

Der Vorstand beendet die Diskussion mit dem Hinweis darauf, dass im kommenden Frühjahr ein Entwurf des Flyers / der Karte als Ergebnis vorgestellt werden soll, über den dann auch im Beirat weiter gesprochen werden könne.

Ein Treffen der „Nach-dem-Runden-Tisch“-Gruppe ist geplant für den 11.11.2015 um 19:00 Uhr im *Palette e.V.* in der Eimsbütteler Chaussee 23.

TOP 5 Berichte vom Amt

Ein Vorstandsmitglied berichtet von der tumultartigen letzten Sitzung der Bezirksversammlung, auf der die Flüchtlingsthematik behandelt wurde. Besonders unangenehm fielen etliche Störer aus Rissen auf den Rängen auf.

Der Vorstand fragt, ob im Beirat die Bereitschaft besteht, eine weitere Empfehlung abzugeben zur Nutzung von Wohnungs- beziehungsweise Gewerbe-Leerstand für die Unterbringung von Flüchtlingen. Er stellt einen Vorschlag für eine Empfehlung vor.

Ein Gast des Beirats hinterfragt die Ablehnung der kleinteiligen Unterbringung von Flüchtlingen durch die Politik. Ein Mitglied des Vorstands merkt an, dass der Beirat nur Empfehlungen zur Nutzung von Leerstand aussprechen kann, die sich auf das Viertel beziehen.

Ein Beiratsmitglied möchte eventuelle Empfehlungen auch auf andere Wohnungslose erweitert wissen.

Herr Werner (SPD) bittet darum, bei der Diskussion um die Unterbringung zu unterscheiden zwischen der Erstaufnahme (bei der es tatsächlich um Unterbringung ausschließlich in Objekten mit größeren Kapazitäten geht) und der Folgeunterbringung (bei der durchaus auch gerade kleinere Objekte möglich sind).

Ein Beiratsmitglied zeigt Verständnis für eine gewisse Überforderung der Stadt aufgrund der Anzahl der ankommenden Flüchtlinge.

Herr Okun (CDU) gibt zu bedenken, dass ein Verteilungsschlüssel bei der Unterbringung auch für eine Betreuung durch zum Beispiel Fördern und Wohnen oder DRK realisierbar sein muss.

Ein Beiratsmitglied meint, dass die Stadt zur Zeit schlicht aus Zeitgründen sinnvollerweise eher an Objekten interessiert sei, bei denen Mietverträge zu bekommen seien, als mit Beschlagnahmungen in Justizverfahren einzusteigen, deren Ende vielleicht erst nach Monaten oder gar Jahren zu erwarten sei.

Der Vorstand fasst die Diskussion zusammen: Eine mögliche Diskussion könne nur ein Signal sein und könne nur für die Nachverteilung beziehungsweise Folgeunterbringung von Flüchtlingen gelten. Ein Beiratsmitglied bittet darum, in jedem Falle allgemein Wohnungssuchende in eine mögliche Empfehlung aufzunehmen. Herr Okun empfiehlt, dabei unbedingt konkrete Flächen zu benennen. Der Vorstand wird eine neue Empfehlung vorbereiten.

Herr Evers berichtet, dass das Thema „Vermietung von Wohnungen als Ferienappartements“ zur Zeit im Bezirksamt mangels Kapazitäten nicht verfolgt werde. Er schlägt vor, den Kollegen vom Bereich Wohnraumschutz eventuell zu einer der kommenden Sitzungen einzuladen. Der Vorstand regt an, mit ihm vorab eine Begehung im Viertel zu machen, um sich auf den gleichen Informationsstand zu bringen.

Die *DIXI*-Klos im Bereich der „Piazza“ sollen laut Herrn Evers zügig und saisonunabhängig aufgestellt werden. Im Sternschanzenpark sollen die Klos mit Beginn der nächsten Saison aufgestellt werden.

Die Probleme mit der Beleuchtung im FloraPark wird Herr Evers an die entsprechende Stelle weitergeben.

Herr Evers berichtet, dass die Freiwillige Feuerwehr Altona weiterhin Übungen im FloraPark abhalten wird. Eventuell werde dazu ein Förderungsantrag an den Beirat gestellt.

Im Zuge des Umbaus des FloraPark-Bunkers wird es eine Ausschreibung für die Trägerschaft geben. Herr Evers schlägt vor, hierzu eine Einladung an die Politik für Fragen und Antworten zu richten.

Termine

31.10. 12:00 Uhr	Hoffest im Schanzenhof	zwischen Bartelsstraße und Schanzenstraße
11.11. 18:00 Uhr	Sitzung WAS-Ausschuss	Schulungsraum der Freiwilligen Feuerwehr Altona
25.11. 19:30 Uhr	nächste Beiratssitzung (letzte Beiratssitzung 2015)	Jesus Center

Protokoll vom 15. November 2015
Erstellt vom Standpunkt Schanze e.V.